

Bürgerbeteiligung ausbauen und Demokratie stärken – Soziale Absicherung und Chancengleichheit verbessern – Öffentliche Daseinsvorsorge sichern

Der Landesvorstand und die Landtagsfraktion sowie die Mitglieder des Bundestages aus Sachsen-Anhalt der Partei DIE LINKE haben in einer zweitägigen Klausurberatung in Dessau-Roßlau die gemeinsamen Schwerpunkte bis 2013 abgesteckt.

Zivilgesellschaft statt Geheimdienst

Zu Beginn der Beratung verabschiedeten die Anwesenden einstimmig die Erklärung **„Breites zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts bleibt notwendig - Überwachung der Partei DIE LINKE beenden“**. Darin heißt es u.a.: „Nicht wegschauen, sondern einmischen‘ – nicht Ruhe, sondern Vielfalt. Antifaschistische Initiativen, Projekte und Archive haben zusammen mit den Medien weit mehr über die rechten Strukturen sowie aktuell über die rassistische Mordserie an die Öffentlichkeit gebracht, als jede Pressekonferenz der Behörden und jeder parlamentarische Innenausschuss. Das zivilgesellschaftliche Engagement bleibt für uns die Basis im Kampf gegen Rechts.“ DIE LINKE setzt sich nach wie vor dafür ein, die so genannte Extremismusklausel, die einschüchtern soll und Engagement diskreditiert, endlich zu streichen.

- DIE LINKE hat bereits in der vergangenen Legislaturperiode ihre Vorschläge für ein **Landesprogramm für Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus** veröffentlicht. Die Landesregierung ist in der Pflicht, nun endlich ihre konzeptionellen Vorstellungen auf den Tisch zu legen. Auch wenn die im Doppelhaushalt 2012/13 dafür veranschlagten Mittel bei weitem nicht ausreichen – es geht um die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und darum, Demokratieförderung als Querschnittsaufgabe zu verstehen.

Zudem verurteilt DIE LINKE in Sachsen-Anhalt die Überwachung von Mitgliedern und MandatsträgerInnen der Partei durch den Verfassungsschutz. Diese zielt einzig und allein darauf ab, einen Teil des demokratischen Streits über Ideen, Werte und die Zukunft unseres Landes als illegitim abzustempeln und gesellschaftliche Kooperation im linken Spektrum zu verhindern. DIE LINKE wird sich davon nicht einschüchtern lassen.

Ausbau direkter BürgerInnenbeteiligung

Für DIE LINKE in Sachsen-Anhalt bilden der Ausbau demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten, soziale Absicherung und Chancengleichheit sowie die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge die politischen Schwerpunkte bis 2013.

DIE LINKE sieht im **Ausbau direkter Bürgerbeteiligung** keinen Ersatz parlamentarischer Demokratie, sondern eine wichtige Ergänzung. Es geht um ein größeres Maß an Transparenz politischer Entscheidungsprozesse und eine unmittelbare Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern. Die Politik der vergangenen Jahrzehnte bedeutete einen radikalen Verlust von Demokratie, es gilt, die gesellschaftlich relevanten Entscheidungen wieder auf eine breite Legitimation zu stellen.

- DIE LINKE wird eine **Novellierung des Volksabstimmungsgesetzes** initiieren, um Beteiligungsquoten zu senken und Partizipationsmöglichkeiten auszubauen.
- Zudem wollen wir bei allen Wahlen **das Wahlalter auf 16 Jahre absenken**.
- DIE LINKE sieht vor allem in den neuen Kommunikationsmedien größere Chancen unmittelbarer Information und Beteiligung. **Open Government und Open Data** müssen perspektivisch Standard öffentlicher Verwaltung und Politik in Sachsen-Anhalt werden.
- DIE LINKE setzt sich für eine öffentliche Debatte zur Neustrukturierung der **EU-Förderperiode** ab 2014 ein.
- Demokratie muss erlebbar sein. Der Ausbau von **Schulautonomie** und mehr Schuldemokratie sowie eine **Demokratisierung von Hochschule** sind für DIE LINKE dafür wichtige Ansatzpunkte.

Gute Arbeit im öffentlichen Auftrag

Nicht erst im Zuge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise hat Prekarisierung von Arbeit zugenommen – sie ist aus Sicht der LINKEN sogar eine der Ursachen. DIE LINKE bleibt dabei, Lohndumping energisch zu begegnen und vor allem durch öffentliche Aufträge nicht noch zu befördern. Wir fordern: **Gute Arbeit im öffentlichen Auftrag!**

- DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Forderungen zur **Verbesserung der Arbeitsbedingungen** in Sachsen-Anhalt von den öffentlichen Arbeitgebern im eigenen Verantwortungsbereich umgesetzt werden. Für das Land setzen wir dafür eine **Enquetekommission Verwaltungsmodernisierung** ein.
- DIE LINKE wird mit ihrem eigenen Entwurf eines **Vergabegesetzes** im Gegensatz zu CDU und SPD auf die Einführung einer verbindlichen Lohnuntergrenze von mindestens 8,50 Euro im Falle öffentlicher Auftragsvergabe drängen.
- Die ständige **Ausbreitung schlecht bezahlter und befristeter Arbeitsverhältnisse**, vor allem an den Hochschulen und Bildungsträgern im Land, bei den Kulturschaffenden oder in der sozialen Arbeit, **muss gestoppt werden**.

Chancengleichheit und soziale Absicherung

Statt mit guter Bildung Chancengleichheit zu fördern und wachsender Armut frühzeitig entgegenzuwirken, hat die Politik der regierenden Parteien CDU und SPD in den vergangenen Jahren Bildungsteilhabe und Bildungserfolg immer stärker von der sozialen Situation der Familien abhängig werden lassen. DIE LINKE sieht hier eine der zentralen Auseinandersetzungslinien auch in Sachsen-Anhalt. Wir wollen: **Bildung für alle, von Anfang an!**

- DIE LINKE wird ein **eigenes Kinderförderungsgesetz** in den Landtag einbringen. Wir bleiben dabei, den **Ganztagsanspruch** für alle Kinder in den Kindertagesstätten wiederherzustellen. Gute Bildung für alle entscheidet sich jedoch nicht nur am gleichberechtigten Zugang zu den Angeboten, sondern maßgeblich auch über die **Qualität des Angebotes und die dafür zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen**.
- Bildung für alle heißt auch, **Inklusion** voranzutreiben – in Kita und Schule.
- DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, die **Hortbetreuung** strukturell und inhaltlich wieder zum festen Bestandteil von Schule zu machen.
- Den bisher völlig vagen Ankündigungen der Koalition zur Einführung der Gemeinschaftsschule werden wir ein **eigenes Schulgesetz** gegenüberstellen.

Längeres gemeinsames Lernen und mehr individuelle Förderung dürfen nicht wenigen vorbehalten bleiben, sondern können Chancen für alle eröffnen.

- Um Schulerfolg zu sichern, werden wir Vorschläge für eine **Anschlusslösung** für das 2013 auslaufende **Schulsozialarbeiterprogramm** unterbreiten.

Öffentliche Daseinsvorsorge sichern

Die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge entscheidet in besonderem Maß über Lebensqualität sowie die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben, an Bildung und auch demokratischen Entscheidungen.

- Mit der Einbringung eines **Kulturfördergesetzes** wollen wir eine solidarische Finanzierung der Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt ermöglichen, kommunale kulturelle Infrastruktur stärken und die Zugänglichkeit von Kultureinrichtungen verbessern.
- Die Landesregierung hat Kürzungen im Hochschul- und Wissenschaftsbereich von 60 Millionen Euro angekündigt. Damit gerät der Wissenschaftsstandort Sachsen-Anhalt in erhebliche Bedrängnis. DIE LINKE wird sich mit eigenen Vorschlägen zur Entwicklung der **Hochschulstruktur** dieser Debatte stellen, um diesem wichtigen Standbein für eine selbsttragende Entwicklung unseres Bundeslandes langfristig eine Perspektive zu geben.
- **Breitbandversorgung** und damit der schnelle Zugang zum Internet sind für DIE LINKE Bestandteil der Daseinsvorsorge. Ihr flächendeckender Ausbau muss darum forciert werden. Sachsen-Anhalt darf hier nicht länger Schlusslicht bleiben.
- Mit einem eigenen **Entwurf für ein neues Finanzausgleichsgesetz (FAG)** wird DIE LINKE auf die Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen drängen, um damit für die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge eine wichtige Grundlage zu schaffen.
- Vernässung und steigendes Grundwasser sind in vielen Teilen Sachsen-Anhalts zu einem drängenden Problem geworden. Es bedarf nachhaltiger und solidarischer Lösungen, statt kurzatmiger Entscheidungen. Wir werden mit einem ausgearbeiteten **Wassergesetz** unsere Vorstellungen in die öffentliche und parlamentarische Debatte bringen.

Magdeburg, 30. Januar 2012